

Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit

Porschke, Christine; Witte, Erich H.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Porschke, C., & Witte, E. H. (2001). *Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit*. (Hamburger Forschungsberichte zur Sozialpsychologie (HaFoS), 33). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft, FB Psychologie, Arbeitsbereich Sozialpsychologie. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:ssoar-399937>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Universität Hamburg

HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE

AUS DEM ARBEITSBEREICH

SOZIALPSYCHOLOGIE

-HAFOS-

Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit

Christine Porschke & Erich H. Witte

HAFOS 2001 NR. 33

**Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
Von-Melle-Park 6 20146 Hamburg**

Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit

Christine Porschke & Erich H. Witte
Universität Hamburg
Fachbereich Psychologie

Zusammenfassung

Die Wirtschaftswissenschaften betrachten Probleme der Steuergerechtigkeit vor allem unter Aspekten des Trade-off zwischen „equity“ und „efficiency“. Dabei werden psychologische Faktoren weitgehend unberücksichtigt gelassen.

Psychologische Arbeiten zur Gerechtigkeit jedoch befassen sich in der Regel nur mit der Verteilung positiver, selten aber mit der Verteilung negativer Güter. Aus dieser Perspektive stellt die Perzeption von Steuern grundsätzlich etwas Besonderes dar. Die Literatur zur Motivation der Steuerhinterziehung und zu sozialen Dilemmata legt den Gedanken nahe, dass zur Vorhersage subjektiv erlebter Steuergerechtigkeit die gängigen Gerechtigkeitstheorien nicht ausreichen: Es lässt sich nicht allein durch Equity- und Mehr-Prinzipien-Ansätze erklären, warum und unter welchen Umständen Menschen Steuern als gerecht empfinden. Es bedarf offensichtlich der Berücksichtigung weiterer Aspekte aus den Bereichen des prosozialen Handelns, der Ethik, der sozialen Integration und angrenzenden Problemkreisen. In der vorliegenden Untersuchung ist ein erster Schritt in diese Richtung unternommen worden. Hierzu wurde in einem varianzanalytischen 3x2x2 Design eine Auswahl von Variablen mit Hilfe eines Ensembles von Szenarien systematisch variiert.

Es zeigt sich, dass in der Bevölkerung kein konsistentes Konzept zu Steuern verankert ist, dass Steuern eher als Last empfunden werden, dass die steuerpolitische Lage keinen Einfluss auf die soziale Integration einer Person hat und dass es zur Rechtfertigung höherer Steuern vor allem auf eine utilitaristische und deontologische Argumentation ankommt, bei der die Hilfeleistung positiv besetzt wird.

Summary

Thinking about taxes and justice, economists focus on the trade-off-relationship between equity and efficiency and tend to neglect psychological aspects.

Psychologists on the other hand usually only deal with the distribution of positive goods, neglecting the distribution of negative goods. From this point of view taxes are something special. It can be seen from the literature on tax evasion and social dilemmas that the commonly used theories of justice and injustice (principles like equity, equality and need) are not a sufficient explanation for people's feelings about taxes and justice. It seems to be necessary also to regard aspects which are dealt with in prosocial behaviour, ethics, social integration etc.

We tried to integrate these different aspects by applying an variance-analytical 3x2x2 design. The variables were systematically changed in different scenarios.

It can be seen from the results that people have no consistent attitudes toward taxes, that they think negatively of taxes, that their tax and financial status has no influence on their social

integration and that higher taxes could only be employed successfully by using utilitarian and deontological arguments and thereby pointing out that this kind of prosocial behaviour is something useful.

Schlüsselbegriffe: Steuern, Gerechtigkeit, Effizienz, ethische Grundpositionen.

key words: taxes, justice, efficiency, ethics.

1. Einleitung:

Gerechtigkeit - das ist ein Thema, das aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden kann. In der vorliegenden Arbeit geht es um Gerechtigkeit im Zusammenhang mit der Erhebung von Steuern, speziell von Einkommensteuer. Verschiedene Disziplinen tragen etwas zu diesem Thema bei: u.a. die Philosophie, die Wirtschaftswissenschaften, die Theologie, die Rechtswissenschaften und die Psychologie.

Vor allem Wirtschaftswissenschaftler haben sich mit der Steuergerechtigkeit - oft unter dem Gesichtspunkt des optimalen Steuersatzes - auseinandergesetzt. Die Sichtweisen anderer Disziplinen wurden dabei weitgehend unberücksichtigt gelassen.

Nach Kaiser (1990) trat zu Beginn der 70er Jahre der allokative Aspekt der Besteuerung in den Vordergrund und ergänzt oder dominiert seither zum Teil fiskalische, administrative und stabilitätspolitische Überlegungen. Das Steuersystem steht im Spannungsfeld zwischen ökonomischer Rationalität und sozialer Gerechtigkeit.

Atkinson (1997) geht in seiner rein ökonomischen Betrachtung der optimalen Besteuerung in einem Basismodell auf diese sogenannte Trade-Off-Beziehung zwischen „equity“ (Gerechtigkeit) und „efficiency“ (Effizienz) ein. Er nimmt an, dass es keine anderen Unterschiede zwischen Menschen gibt als deren Verdienstmöglichkeiten. Folglich ist es Aufgabe des Steuersystems, einerseits genügend Mittel für den Staat zur Verfügung zu stellen und andererseits eine angemessene Einkommensumverteilung zu erzielen. Letztlich stellt das Hauptproblem der Effizienzbetrachtungen bei Atkinson die Tatsache dar, dass die Höhe der Besteuerung Einfluss nimmt auf die Leistungsmotivation und dass gleichzeitig eine Elastizität der Arbeit gegeben ist, was bedeutet, dass Menschen ab einer bestimmten Steuerhöhe darauf verzichten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen bzw. ihren Einsatz einschränken.

Auch bei Ohmer (1997) rücken die Aspekte Effizienz und Gerechtigkeit bei der Beantwortung der Frage nach den Kriterien für die Gestaltung eines Steuersystems in den Fokus. Unter Effizienz versteht Ohmer den „Einfluss des Steuersystems auf die Ressourcenallokation“ (S. 71) sowie die Praktikabilität des Steuersystems. Der Begriff der Effizienz ist somit recht weit gefasst und schließt auch Aspekte der Durchführbarkeit der Steuererhebung und des Aufwandes bei der Erhebung sowie bei der Verhinderung der Steuerumgehung mit ein.

Zur Klärung der Frage nach der Gerechtigkeit eines Steuersystems führt Ohmer verschiedene Gerechtigkeitsprinzipien an: die Kopfsteuer, das Äquivalenz- sowie das Leistungsfähigkeitsprinzip. Diese Prinzipien lassen sich unter dem Blickwinkel verschiedener philosophischer und theologischer Denkrichtungen und auch anhand von heutigen Rechtsauffassungen analysieren, wie Ohmer demonstriert. Psychologische Aspekte kommen in dieser Darstellung jedoch nicht zum Tragen.

Kaiser (1990) beschreibt den „equity-efficiency-trade-off“ (S. 57) detaillierter durch die negativen Allokationswirkungen der Besteuerung. Diese kommen dadurch zustande, dass die Steuerschuldner in einer Weise auf die meisten Formen der Besteuerung reagieren, die die optimale Ressourcenallokation behindert: Die Besteuerung hat potentielle negative Anreize auf die Steuerzahler zur Folge, die sich auf die „Konsum-Freizeit-Entscheidung oder auf die „Ausbildungs-Lebenseinkommens-Entscheidung“ (S. 56) auswirken. Das Steuersystem kann somit Auswirkungen haben auf die privaten Entscheidungen über Arbeit, Freizeit, Konsum, Sparen, Ausbildung, Investition etc. (vgl. Brunner, 1989). Entscheidet sich allerdings eine Person, weniger zu arbeiten und mehr Freizeit zu genießen, so hat dies zur Folge, dass entweder andere Bürger mehr Steuern zur Finanzierung der Staatsausgaben beitragen müssen oder dass weniger Einkommensumverteilung stattfinden kann. An dieser Stelle kann die Diskussion um die Anwendbarkeit der Forschung zum sozialen Dilemma (s. Punkt 2.1)

ansetzen. Bezüglich der negativen Wirkungen der Besteuerung ist festzuhalten, dass sie an zwei Punkten wirksam wird: einerseits wird der Volkswirtschaft durch die Erhebung von Steuern Geld entzogen, das eigentlich zur privaten Verwendung zur Verfügung gestanden hätte, und andererseits kommt es zu Substitutionseffekten, wenn Individuen ihr Arbeitsangebot reduzieren.

Die wirtschaftswissenschaftliche Theorie der optimalen Besteuerung sieht sich also dem Grundproblem gegenüber, dass das Steuersystem derart gestaltet werden muss, dass „die „gerechte“ Verteilung der verfügbaren Einkommen und Güter soweit wie möglich realisiert wird, andererseits aber die Verluste an allokativer Effizienz minimiert werden (**Ausgleich zwischen Effizienz und vertikaler Gerechtigkeit**)“ (Kaiser, 1990, S. 3). Das Erreichen einer Balance zwischen diesen beiden Polen wird in den Theorien zur optimalen Besteuerung nahezu ausschließlich unter monetären Gesichtspunkten betrachtet. Aspekte der subjektiven Wahrnehmung von Steuern und deren Gerechtigkeit werden genauso wenig beachtet wie psychologische Komponenten bei den die Effizienz beeinflussenden Reaktionen der Individuen auf die Besteuerung.

Der Vernachlässigung psychologischer Aspekte in den oben genannten Arbeiten soll in diesem Beitrag mit einer Betonung psychologischer Faktoren im Zusammenhang mit der wahrgenommenen Steuergerechtigkeit begegnet werden.

2. Theoretische Fundierung

2.1 Theorien der Steuergerechtigkeit

Die psychologische **Gerechtigkeitsforschung** hatte ihren Höhepunkt in den 80er und frühen 90er Jahren und man könnte unterstellen, dass zumindest die Ergebnisse zur distributiven Gerechtigkeit hinlänglich bekannt und bestätigt sind.

Die gängigen Gerechtigkeitstheorien basieren i.d.R. auf der Annahme, dass positive Güter gerecht unter einer bestimmten Anzahl von Personen o. Gruppen zu verteilen sind (Mikula, 1980, 1994; Tyler et al., 1997; Witte, 1989). Unter „positiven Gütern“ sind z.B. materielle Güter und Ressourcen zu verstehen, aber auch andersartige Belohnungen, Berechtigungen u.ä. Die Tatsache, dass es auch bei negativen Gütern (also bei materiellen Verlusten, Pflichten oder Belastungen) um eine gerechte Verteilung gehen kann, wird hierbei nicht näher erörtert. Die Betrachtung von „Mangelsituationen“ wurde offenbar in der Vergangenheit vernachlässigt. Obwohl Witte schon 1989 auf diese Problematik hingewiesen hat, besteht hier bis heute eine Forschungslücke. Witte bemerkt: „In Zukunft muss es Aufgabe der Sozialpsychologie sein, die enge Verbindung zwischen Hilfehandeln und Gerechtigkeitshandeln auch theoretisch auszuarbeiten... und die... Differenzierungen von Mangelsituationen auf Aspekte der Gerechtigkeit zu übertragen“ (1989, S. 292). Um genau so eine Mangelsituation handelt es sich jedoch bei der Steuerproblematik: Die Bürger müssen von ihrem Einkommen etwas an den Staat abgeben und möchten dabei möglichst gerecht behandelt werden.

Es ist offen, ob für die Gerechtigkeit bei der Verteilung negativer Güter dasselbe gilt wie bei der Verteilung positiver Güter. Zieht man die Prospect Theory von Kahneman und Tversky (1979, 1984; Tversky & Kahnemann, 1992) zur Erklärung heran, nach der eine Asymmetrie in der Wahrnehmung von Gewinnen und Verlusten vorliegt, dann muss man annehmen, dass die Ergebnisse zur Gerechtigkeit bei der Verteilung positiver Güter nicht ohne weiteres auf Mangelsituationen übertragen werden können. Erste Untersuchungen unter Berücksichtigung der Prospect-Theorie haben Schepanski und Kelsey (1990) und Schepanski und Shearer

(1995) durchgeführt. Diese befassten sich aber nicht wie von uns ausdrücklich gewollt mit Fragen der Gerechtigkeitswahrnehmung sondern mit Framing-Effekten.

Will man die Ergebnisse der klassischen Gerechtigkeitsforschung zumindest als mögliche Ausgangsbasis betrachten, stellt sich die Frage, welches der bekannten **Gerechtigkeitsprinzipien** sich am ehesten auf die Steuergerechtigkeit anwenden lässt. Das Gleichheitsprinzip scheidet in Deutschland aus, da die Steuergesetzgebung im Bereich der Einkommensteuer - auf die wir uns hier konzentrieren wollen - weit davon entfernt ist, von jedem Bürger den gleichen Betrag - sozusagen eine Kopfsteuer - zu fordern.

Stellt man das Bedürfnisprinzip in den Mittelpunkt, so betont man den Aspekt der sozialen Sicherung der Bürger: Allgemein anerkannte Bedürfnisse der Bürger werden in Deutschland mit Hilfe der sogenannten unteren Einkommensgrenze berücksichtigt. Auf diese Weise ergibt sich ein Grundeinkommen, das von Steuern befreit wird. Jedem Bürger soll es somit ermöglicht werden, bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen.

Konzentriert man sich auf das Beitragsprinzip, dann steht der Beitrag des Bürgers im Zentrum. Daraus ergibt sich, dass die erbrachte Leistung nur mit einem Grenzsteuersatz belastet werden darf, der die zu erbringende Leistung gerade noch erstrebenswert erscheinen lässt und sie honoriert. Ansonsten würde die Motivation zur Erbringung von Leistungen abnehmen. In der deutschen Gesetzgebung bedeutet das Beitragsprinzip, dass der Grenzsteuersatz bis zu einer bestimmten Grenze linear mit dem Einkommen zunimmt, was konkret heißt, dass eine höhere Leistung auch höhere Abgaben zur Folge hat.

Das Ziel dieser Gesetzgebungsmaßnahme soll indirekt eine Umverteilung bewirken und die personelle Einkommensverteilung stärker egalisieren (Cezanne, 1999). Daraus ergibt sich für die Überschussbetrachtung eine Angleichung an die Gleichverteilung, was eine Ungleichverteilung der Beiträge unter Mangelbedingungen impliziert. Die Annahme, dass der Grenzsteuersatz linear zunehmen soll und damit gerecht ist, hat erst mit der Steuerreform 1990 eingesetzt. Vor 1990 stieg der Grenzsteuersatz schneller an und verflachte dann (Cezanne, 1999, S. 534). Diese formale Beziehung zwischen Höhe des Einkommens und Zunahme des Grenzsteuersatzes sollte enger an die psychologische Gerechtigkeitsforschung gekoppelt werden.

Ein weiteres Forschungsfeld, das zur Klärung der Frage nach Steuergerechtigkeit herangezogen werden sollte, ist die Forschung zum **sozialen Dilemma** (Dawes, 1980; Liebrand et al., 1992): Ein soziales Dilemma liegt dann vor, wenn das einzelne Individuum mehr Vorteile von einem sozial-schädlichen Verhalten hat als von einem kooperativen - unabhängig vom Verhalten der übrigen Individuen, wenn aber gleichzeitig die Gemeinschaft, das heißt alle Individuen, mehr Vorteile hätten, wenn alle kooperieren würden. Bei der Steuerproblematik handelt es sich zweifelsohne auch um ein soziales Dilemma: Dem einzelnen liegt daran, seine Steuerschuld zu minimieren, denn so ginge es ihm finanziell am besten. Der Gesellschaft jedoch ist daran gelegen, dass jeder Bürger seine angemessene Steuerlast korrekt entrichtet, um die nötigen Maßnahmen des Staates zu finanzieren.

Allerdings beschränkt sich auch die Forschung zum sozialen Dilemma überwiegend auf positive Güter: es geht stets darum, mehr Fische zu fischen, mehr Schafe zu weiden o.ä. und dabei die Konsequenzen für die Gemeinschaft im Auge zu behalten. Das Gut, um das es bei der Bewertung der Besteuerung geht, ist jedoch im Gegensatz zu einem zusätzlich geangelten Fisch ein negatives Gut - Geld soll nämlich abgegeben werden. So stellt sich auch in diesem Bereich die Frage, inwieweit die Ergebnisse der sozialen Dilemmata-Forschung auf die Steuergerechtigkeit übertragen werden können. Zwar verweist Kirchler (1999) auf erste

Untersuchungen zum sozialen Dilemma der Steuerzahlung, doch beschäftigen sich diese Beiträge nur mit einzelnen Aspekten des Problemkreises. Demnach wurde bereits bestätigt, dass „hohe Kosten für Defektion, soziale Normen und Vertrauen auf die Kooperation anderer“ (Kirchler, 1999, S. 376) zu kooperativem Verhalten des einzelnen führen.

Vorerst liefern die Ergebnisse der Forschung zum sozialen Dilemma unabhängig von ihrer Anwendbarkeit auf Mangelsituationen wertvolle Hinweise bei der Formulierung von Forschungsfragen:

So hält bereits Dawes (1980) fest, dass eine Voraussetzung zur Kooperation in entsprechenden Situationen ist, dass der Glaube daran, dass die anderen Beteiligten kooperieren, vorhanden ist, und dass Einsicht in das Dilemma besteht, so dass moralische, normative und altruistische Aspekte Einfluss nehmen können. Offensichtlich scheint nicht ausschließlich der materielle Gewinn das Verhalten in Dilemma-Situationen zu steuern, sondern auch sogenannte „utilities“ (Dawes, 1980) wie Altruismus, Normen und Gewissen.

Vor diesem Hintergrund entstehen Fragen nach der Wahrnehmung von Steuern und der Bewertung des Verhaltens anderer. Werden Steuern unter altruistischen Gesichtspunkten betrachtet? Herrscht die Ansicht vor, „der Ehrliche sei der Dumme“, so dass kein allgemeiner Glaube an die Kooperation der übrigen Bürger besteht? Schon Schmolders (1975) hat in seinen Untersuchungen über die Konnotationen von Steuern festgestellt, dass Steuern eher als eine bestrafende Abgabe betrachtet werden denn als ein sinnvoller Beitrag zu erstrebenswerten Zielen. Und Kirchler (1998, 1999) stellte fest, dass typische Steuerzahler als faul und dumm beschrieben werden, während Steuersünder als clever beurteilt werden. Somit könnte unterstellt werden, dass der Glaube daran, dass die anderen Bürger ehrlich ihre Steuern entrichten, wie es von Dawes als eine Voraussetzung für kooperatives Handeln in Dilemma-Situationen beschrieben wird, nicht vorhanden ist. Überlegungen wie diese liegen der Formulierung unserer ersten Untersuchungshypothese zugrunde. Gleichzeitig stellen sie einen Gesichtspunkt dar, der zur Einbeziehung der Frage nach ethischen Aspekten im Zusammenhang mit der Besteuerung geführt hat (vgl. Punkt 2.3).

Vor dem Hintergrund der problematischen Übertragbarkeit bisheriger Forschungsergebnisse zeigt sich noch ein großer Bedarf in der Erforschung der Gerechtigkeitsbeurteilung im Zusammenhang mit Steuern als negative Güter.

2.2 Modelle der Steuerhinterziehung

Betrachtet man die relativ reichhaltig vorhandenen Modelle zur Erklärung von Steuerhinterziehung, so stößt man auf diverse Variablen, die auch auf die Wahrnehmung der Steuergerechtigkeit Einfluss haben könnten. Es sind dies u.a. (einen Überblick geben Smekal und Theurl (1994)):

Kontrolle der Verwendung der Steuereinnahmen, Kontrolle der Steuerentrichtung, Strafhöhe bei Hinterziehung, Einflussmöglichkeiten auf Art und Höhe der öffentlichen Ausgaben, Einhaltung verschiedener Verfahrensregeln, persönliche Werte, Sicht des Staates als Institution, allgemeine Einstellungen gegenüber Steuern, Schicht, Bildung, Beruf, politische Orientierung, wirtschaftliche Lage des Landes, Höhe der Leistungsunterschiede der Beteiligten, subjektive moralische Verantwortung, Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen. Für die Formulierung von Forschungsfragen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Steuergerechtigkeit können viele der genannten Variablen hilfreich sein. So stellt sich die Frage, inwiefern es einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Besteuerung und ihrer Gerechtigkeit hat, wenn ein Individuum die Verwendung der Steuereinnahmen durch den Staat kritisiert oder meint, er persönlich habe zu wenig Einfluss auf die Staatsausgaben. Auch die Bewertung des Umgangs mit Steuersündern und die Höhe der Strafe sowie die Intensität

der Kontrollen könnten die wahrgenommene Steuergerechtigkeit beeinflussen. Interessant war für uns auch, ob jemand, der in größerem Ausmaß öffentliche Leistungen in Anspruch nimmt, der Besteuerung anders gegenüber steht als jemand, der weitgehend unabhängig von staatlichen Leistungen lebt. Auch Kirchler (1998) unterstützt diese Annahmen: „Wer hohe Abgaben zu entrichten hat und zur Überzeugung gelangt, dass die verantwortlichen Politiker die Staatseinnahmen zum Wohle des Volkes sinnvoll investieren und weiters die Möglichkeit sieht, selbst an öffentlichen Gütern teilzuhaben, wird eher zu ehrlicher Steuerzahlung neigen, als Personen, die über Verschwendung von Steuergeldern klagen...“ (1998, S.213). Zwar bezieht Kirchler sich hier nur auf Steuerhinterziehung, doch wollen wir untersuchen, ob sich das Gesagte auch auf die wahrgenommene Steuergerechtigkeit übertragen lässt. Dabei wollen wir die Aussage Kirchlers insofern einschränken, als wir uns nicht auf die Möglichkeit der Betroffenen beschränken wollen, öffentliche Leistungen in Anspruch zu nehmen, sondern die tatsächliche oder sehr wahrscheinlich bevorstehende Inanspruchnahme dieser Leistungen thematisieren. Hierzu entwarfen wir das weiter unten beschriebene Szenario-Design (Punkt 3.1).

2.3 Ethische Rechtfertigung und Steuererhöhung

Stellt man sich die Frage, was der Kern bei der Beschäftigung mit der Wahrnehmung negativer Güter ist, so kommt man zu dem Schluss, dass bei der Übernahme von Pflichten und Belastungen vor allem Verantwortung und Bereitschaft zur Hilfeleistung von Bedeutung sind. Wann sollte man Verantwortung übernehmen und Hilfe leisten? Zur Beantwortung dieser Frage müssen ethische Aspekte beachtet werden. Dies legen auch die bisher gemachten Ausführungen nahe. In der Forschung zum sozialen Dilemma wird betont, dass nicht nur materielle, sondern gerade auch moralische, normative und altruistische Gesichtspunkte bei der Entscheidung für sozialverträgliches Verhalten von Bedeutung sind.

Bestätigung findet dieser Gedanke auch darin, dass ethische Gesichtspunkte in den letzten Jahren auch stärker in das Bewusstsein wirtschaftlicher Überlegungen Eingang gefunden haben (z.B. Blickle, 1998; Sternberg, 2000).

Es erscheint also geradezu zwingend, sich bei der Beschäftigung mit der Wahrnehmung der Besteuerung auch mit den genannten Aspekten auseinanderzusetzen.

Die Psychologie bietet nur wenige Grundlagen für die empirische Erforschung von Moral und Ethik (Witte & Doll, 1995). Am weitesten elaboriert ist die entwicklungspsychologische Betrachtung dieser Thematik, die jedoch für unsere Fragestellungen von nachrangigem Interesse ist.

Witte und Doll haben aus diesem Grund versucht, verschiedene psychologische und philosophische Forschungs- und Denkansätze zusammenzuführen und so ein Instrument zur empirischen sozialpsychologischen Ethikforschung zu entwickeln.

Grundlage bilden Ergebnisse der Forschung zur sozialen Kognition (Heider, 1958), Attribution (Meyer & Försterling, 1993), Verantwortung (Shaver, 1985; Auhagen, 1994), Gerechtigkeit (Walster, Walster & Berscheid, 1978; Müller & Hassebrauck, 1993) und der Werteforschung (Klages, 1992; Schwartz, 1992). Das Resultat dieser Überlegungen bildete eine „präskriptive Attributionsforschung, das heißt Personen rechtfertigen ihre eigenen Handlungen durch die Zuordnung zu ethischen Grundpositionen“ (Witte & Doll, 1995, S.7).

Die Forschungsfragen bei Witte und Doll lauten:

1. Welche unterschiedlichen ethischen Grundpositionen lassen sich theoretisch unterscheiden, wenn man die praktische Philosophie zu Rate zieht?

2. Variieren die Rechtfertigungsmuster mit der Handlungsart, wenn man sie empirisch untersucht?
3. Variieren empirisch die Rechtfertigungsmuster mit dem sozio-ökonomischen Status der Personen?
4. Variieren empirisch die Rechtfertigungsmuster mit dem Kontext, in dem gerechtfertigt wird?
5. Variieren empirisch die Rechtfertigungsmuster mit dem kulturellen Hintergrund?“

Zur Klassifikation ethischer Grundpositionen ziehen Witte und Doll folgende Aspekte heran: Erstens unterscheiden die Autoren zwischen Pflicht-Ethiken (die den Weg beurteilen) und Zweck-Ethiken (die das Ergebnis betrachten). Zweitens werden persönliche von allgemeingültigen Beurteilungskriterien getrennt. Auf dieser Basis ergibt sich das folgende Vier-Felder-Schema:

Beurteilungsbezug	Zweck	Pflicht
persönlich	Hedonismus	Intuitionismus
allgemein	Utilitarismus	Deontologie

Tabelle 1: Ethische Grundpositionen (Witte & Doll, 1995)

Hedonismus bezeichnet eine Haltung, die das Glück des einzelnen ins Zentrum rückt und vorschreibt, „dass allgemeine Normen und Regeln nicht gegen das Glück des einzelnen durchgesetzt werden dürfen“ (Witte & Doll, 1995, S. 9).

Unter Utilitarismus verstehen die Autoren eine Grundhaltung, die die Konsequenzen einer Handlung für alle der Beurteilung zugrunde legt.

Deontologie liegt vor, wenn die Übereinstimmung eines Akts mit moralischen Werten als Bewertungsgrundlage dient.

Handeln Individuen nach „der nicht weiter zu rechtfertigenden Überzeugung, eine Handlung sei gut, richtig, moralisch etc.“ (ebd., S. 10), so sprechen die Autoren von Intuitionismus.

Diese vier Grundpositionen ethischen Handelns gilt es zur empirischen Nutzung in einsetzbare Instrumente zu transformieren. Dies haben Witte und Doll in Form von Fragebögen erreicht, die sie bereits in verschiedenen empirischen Studien erfolgreich verwendet haben.

Wir haben die 20 Fragen dieses Instruments in unsere Erhebung mit aufgenommen. Als Handlung wurde im Fragebogen die Entscheidung darüber betrachtet, ob die Steuern in einer gegebenen Situation erhöht werden sollen oder nicht. Das Wirksamwerden der 4 Grundpositionen bei der Rechtfertigung einer Entscheidung für oder gegen eine Steuererhebung sollte in der Untersuchung überprüft werden. Gleichzeitig sollte in Analogie zu der dritten und vierten Forschungsfrage bei Witte und Doll (s.o.) der Einfluss der steuer- und sozialpolitischen Lage des Szenarios auf die ethische Rechtfertigung untersucht werden (vgl. Hypothesen 6-8).

2.4 Soziale Integration

Unter sozialer Integration soll hier die positive Sozialisation einer Person in die Gesellschaft verstanden werden, was bedeutet, dass dieser Sozialisand die Werte, Vorstellungen und Verhaltensweisen übernommen hat, die in dieser Gesellschaft positiv besetzt sind. Er fühlt sich als Mitglied dieser Gesellschaft und hat eine entsprechende soziale Identität entwickelt, die sich auf verschiedene Themenbereiche erstreckt. Wie weit diese Integration nun gelungen

ist, soll anhand der Thematik der Steuer- und Sozialabgaben erfasst werden (vgl. Hypothese 3 und 4). Wie gut kann sich eine Person also mit diesem Land identifizieren, das eine entsprechende Steuer- und Sozialpolitik betreibt (Witte, 1994) (zur besonderen Bedeutung dieser empirischen Forschung siehe auch Gensicke,2000,S.178-256)?

3. Methodisches Vorgehen

3.1 Design der Untersuchung

In einem varianzanalytischen Fragebogendesign (s. Tabelle 2) variierten wir die folgenden unabhängigen Variablen in verschiedenen Szenarien:

Steuerhöhe, Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen und Güte der staatlichen Fürsorge. Zur Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen merkt Gretschnann (1999, S. 157) an: „Präferenzformation, .. und Präferenzprofile hängen im wesentlichen von der individuellen Inanspruchnahme von bestimmten Dienstleistungen...ab“.

Auf diese Weise ergab sich ein 3X2X2-Design.

Als abhängige Variablen wurden erfasst: die wahrgenommene Steuergerechtigkeit, die gewünschte Steuerhöhe und die Entscheidung für oder gegen eine Steuererhöhung in dem beschriebenen Szenario.

	Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen			
	niedrig		hoch	
Steuerhöhe	gute Fürsorge	schlechte Fürsorge	gute Fürsorge	schlechte Fürsorge
20%	20 Pbn	20 Pbn	19 Pbn	20 Pbn
40%	21 Pbn	17 Pbn	... 18 Pbn	... 21 Pbn
60%	... 18 Pbn	... 23 Pbn	... 36 Pbn	18 Pbn

Tabelle 2: Varianzanalytisches Untersuchungsdesign

Die Variation der unabhängigen Variablen erfolgte in 12 unterschiedlichen Szenarien mit Hilfe von Textbausteinen, um die Vergleichbarkeit möglichst hoch zu halten. Die Textbausteine operationalisierten neben der Steuerhöhe, die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung durch die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung durch den Gesundheitszustand und die Höhe der Versorgungsleistungen

3.2 Charakterisierung der Stichprobe

An der Fragebogenerhebung nahmen insgesamt 251 Personen teil. 134 der Teilnehmer waren Frauen, 116 Männer. 1 Person machte keine Angaben zum Geschlecht.

Die Probanden waren im Schneeballsystem ausgehend von den Universitäten Hamburg und Kiel und einer anderen Hamburger Bildungseinrichtung rekrutiert worden.

Im Mittel waren die Probanden 33 Jahre alt, der jüngste war 17 Jahre, der älteste Befragte war 85 Jahre alt. Angestrebt war eine Beschränkung des Alters nach unten auf eine Grenze, in der die Befragten schon eine klare Meinung zu und eigene Erfahrungen im Umgang mit Steuern haben. Dies schien uns in der vorliegenden Stichprobe gewährleistet.

Die Probanden verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Altersdekaden:

Alter	Anzahl der Probanden
17-19 Jahre	4
21-29 Jahre	121
31-39 Jahre	65
40-49 Jahre	25
50-59 Jahre	14
60-69 Jahre	15
70-79 Jahre	0
80-89 Jahre	1
Missing	6
Summe	251

Tabelle 3: Altersstruktur der Probanden

Etwa 54% der Stichprobe lebte in Partnerschaften: 35% waren verheiratet, 19% lebten in einer anderen Form der Partnerschaft. Rund 41% der Befragten lebten allein und etwa 4% gaben an, eine andere Lebensform gewählt zu haben (noch bei den Eltern, in einer Wohngemeinschaft o.ä.).

Von den Befragten hatten ca. 33% Kinder.

Der höchste erreichte Bildungsabschluss stellte in 2,4% der Hauptschulabschluss dar, in 3,6% der Realschulabschluss, 35,5% hatten Abitur, 28,7% hatten eine Ausbildung absolviert und 29,1% waren Absolventen einer Hoch- oder Fachhochschule.

Von den Probanden waren zur Zeit der Befragung etwa 73% berufstätig. 57% zahlten Einkommensteuer.

3.3 Hypothesen und deren Überprüfung

Die theoretische Diskussion hat uns zu folgenden Hypothesen geführt :

1. In der Bevölkerung gibt es eine negative Einstellung zu Steuern: Steuern werden eher als lästig empfunden, wenig durchschaut und Steuererklärungen werden „gefälscht“, so auch die allgemeine Meinung.
2. In der Bevölkerung ist ein Steuerkonzept im Sinne eines konsistenten Einstellungskonzeptes verankert, weil dieses Konzept allen vertraut ist, schon seit langer Zeit zu den staatlichen Maßnahmen gehört und oft als Thema in Gesprächen

aufgegriffen wird.

3. Es lässt sich ein Index finden, der den Grad der sozialen Integration eines Individuums in die Gesellschaft bezogen auf die Steuer- und Sozialpolitik eines Landes widerspiegelt.
4. Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihren Grad der sozialen Integration, weil Steuer und Sozialabgaben in die persönlichen Freiheiten eingreift, aber auch dem individuellen Schutz dient und so die Verbundenheit mit der Gemeinschaft festlegt (Gensicke, 2000).
5. Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihre Entscheidung bzgl. einer gerechten Steuerhöhe, weil heuristische Urteilsprozesse angenommen werden können, die unkontrolliert ablaufen und die präsentierte Situation stützen (Mussweiler & Strack, 1999).
6. Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihre Entscheidung bzgl. einer Steuererhöhung, weil Anker-Effekte zu vermuten sind (Stephan, 1999).
7. Bei der ethischen Rechtfertigung einer Entscheidung zur Steuererhöhung finden sich die vier Grundpositionen zur ethischen Rechtfertigung von Handlungen wieder.
8. Die Rechtfertigung der Entscheidung zur Steuererhöhung wird beeinflusst von dem Entscheidungsausgang und der angenommenen allgemeinen Bewertung der Entscheidung, wie bereits bei anderen Inhalten gefunden wurde (Witte & Doll, 1995).

Betrachtet man die Hintergründe für die Hypothesenbildung im einzelnen noch detaillierter, so lassen sich nachfolgende Betrachtungen anstellen und entsprechende empirische Ergebnisse darstellen.

Zu Hypothese 1:

In der Bevölkerung gibt es eine negative Einstellung zu Steuern: Steuern werden eher als lästig empfunden, wenig durchschaut und Steuererklärungen werden „gefälscht“.

Die Untersuchung dieser Hypothese wird geradezu zwingend, wenn man die Literatur zur Verständlichkeit von Steuergesetzen und zu den Konnotationen von Steuern betrachtet. So zählt Moser (1994), der sich in seiner Arbeit auf Steuergesetzestexte bezieht, verschiedene Aspekte auf, die dem Bürger das Verstehen der Gesetzestexte erschweren. Hier sind zum Beispiel die folgenden Punkte zu nennen: hoher Abstraktionsgrad, Vorliebe für überlange und zu komplexe Sätze, Neigung zum Nominalstil, Hang zu passiven Konstruktionen, Verwendung von Abkürzungen etc. „Wer bei den Adressaten fachsprachlicher Texte nur an die Fachkollegen denkt, schafft eine Sprachbarriere für alle anderen, provoziert Zeitverlust, Missverständnisse, Frustration und Verdrossenheit“ (ebd., S. 180). Dass diese Erkenntnis bei den Bürgern auch zu einer negativen Wahrnehmung der Besteuerung führen kann, liegt nahe. Dass Steuern eher als lästig empfunden werden, legt schon Pelzmann (1988) nahe: Sie geht davon aus, dass Steuern per se einen Strafreizcharakter haben und als eine Belastung empfunden werden. Kirchler (1998) stellt Steuern „als notwendiges Übel“ dar, „das von starker Hand autoritär vorgeschrieben wird“ (ebd., S. 206). Aus der Literatur zur Steuerhinterziehung wissen wir, dass es von dieser negativen Haltung gegenüber Steuergesetzen und Steuerzahlung kein großer Schritt zur Fälschung von Steuererklärungen und Steuerhinterziehung zu sein scheint. „Gefälscht“ soll hier inhaltlich bedeuten, dass Angaben in der Steuererklärung bewusst falsch gemacht werden: entweder Einnahmen werden geringer deklariert als sie erzielt wurden, oder Ausgaben werden zu hoch angesetzt. Zur Prüfung dieser Hypothese enthielt der Fragebogen Items, die unabhängig vom Szenario zu beantworten waren und sowohl affektive, konative als auch kognitive Komponenten der allgemeinen Einstellung zur Besteuerung enthielten.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, zeigte es sich, dass Steuern nicht generell für überflüssig gehalten werden, dass die Steuergesetze nur mittelmäßig durchschaut werden und die Befragten bei der Erstellung ihrer Steuererklärung tendenziell nicht sehr genau wären. Berücksichtigt man hier eine eventuelle Tendenz zur sozialen Erwünschtheit bei der Beantwortung, so kann man annehmen, dass die Genauigkeit eher stärker zu wünschen übrig lässt als hier angegeben.

	Item	Mittelwert
1.	Ich finde Steuern generell überflüssig.	2,04
2.	Ich durchschaue die Steuergesetze recht gut.	3,23
3.	Ich bin/wäre bei den Angaben für meine Steuern sehr genau.	4,77

Tabelle 4: Mittelwerte zu Hypothese 1. (Antwortskala von 1 („Gar nicht“) bis 7 („Vollkommen“))

Zu Hypothese 2:

In der Bevölkerung ist ein Steuerkonzept im Sinne eines konsistenten Einstellungskonzeptes verankert.

Wie oben unter Punkt 2.4 bereits angemerkt, bedeutet eine gelungene Sozialisation die Übernahme der in der Gesellschaft verankerten Werte, Vorstellungen und Verhaltensweisen. Voraussetzung hierfür ist, dass zu bestimmten Themen überhaupt Vorstellungen in der Gesellschaft geteilt werden und bei den einzelnen Personen zu einer konsistenten Reaktion führen, die auf kognitiven Gesichtspunkten und affektiv untermauerten Bewertungen basieren.

In Hypothese 2 interessiert es uns, ob bzgl. des Steuerbegriffs ein solch konsistentes Einstellungskonzept bei den Mitgliedern der Gesellschaft vorhanden ist. Nur in diesem Falle hat das Konzept eine eindeutige Bedeutung und ruft gezielte Stellungnahmen hervor.

Da der Einstellungsbegriff auf dem Individualsystemniveau angesiedelt ist, gehen wir davon aus, dass er auch die wesentlichen Strukturmerkmale des Individualsystems beinhaltet (Witte, 1989). Dies bedeutet, dass Einstellungen eng mit den drei Subsystemen - das heißt dem affektiven, dem kognitiven und dem konativen - eines Individuums verbunden sind. Sollte eine konsistente Einstellung zum Steuerkonzept vorhanden sein, so würden wir Korrelationen der drei Komponenten zwischen 0,4 und 0,7 erwarten (Witte, 1989).

Zur Bestätigung dieser Annahme haben wir die obigen Fragen zu den drei Subsystemen gestellt, die unabhängig vom Szenario zu beantworten waren.

Die errechneten Korrelationen lagen zwischen -0,023 und 0,310 bei einem Alpha von -0,2 . Diese Ergebnisse sind so niedrig, dass Hypothese 2 abzulehnen ist: Das Steuerkonzept der Befragten ist kein konsistenter Einstellungsgegenstand.

Zu Hypothese 3:

Es lässt sich ein Index finden, der den Grad der sozialen Integration eines Individuums in die Gesellschaft bezogen auf die Steuer- und Sozialpolitik eines Landes widerspiegelt.

Den Hintergrund dieser Hypothese haben wir bereits oben unter Punkt 2.4 genauer erläutert. Zusätzlich soll an dieser Stelle lediglich angemerkt werden, dass auch von anderen Autoren die Bedeutung der Integration in eine Gesellschaft im Zusammenhang mit der Steuerzufriedenheit betont wird. Fischer et al. (1999) stellen dar, dass Entfremdung von der Gemeinschaft dazu führt, dass eine Person eher bereit ist, Steuern zu hinterziehen.

Zur Entwicklung eines entsprechenden Index haben wir Items formuliert, die sich darauf bezogen, welche Auswirkungen die beschriebene steuer- und sozialpolitische Lage hat auf die Identifikation des Individuums mit dem Land, auf die Leistungsbereitschaft und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, auf die Zufriedenheit mit der Steuer- und Sozialpolitik und dergleichen mehr. Die Fragen beschäftigten sich also allesamt mit der Wahrnehmung und Bewertung der Steuer- und Sozialpolitik des fiktiven im Szenario vorgegebenen Landes durch den Probanden.

Auf Grund einer Faktorenanalyse der 9 Items konnten wir feststellen (vgl. Tabelle 5), dass die erste Hauptkomponente 55% der Varianz erklärt, so dass eine Skala mit einem Alpha von 0.9 konstruiert werden kann.

Wir können somit davon ausgehen, dass die betreffenden 9 Items einen Index der sozialen Integration im oben erläuterten Sinne bilden.

Die Hypothese 3 kann folglich beibehalten werden.

Total Variance Explained

Componen t	Initial Eigenvalues			Extraction Sums of Squared Loadings		
	Total	% of Variance	Cumulativ e %	Total	% of Variance	Cumulative %
1	4,987	55,416	55,416	4,987	55,416	55,416
2	1,053	11,730	67,118	1,053	11,703	67,118
3	,696	7,730	74,849			
4	,527	5,856	80,704			
5	,449	4,994	85,698			
6	,423	4,701	90,399			
7	,373	4,150	94,549			
8	,294	3,269	97,818			
9	,196	2,182	100,000			

Tabelle 5: Faktorenanalyse Soziale Integration

Zu Hypothese 4:

Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihren Grad der sozialen Integration.

Wir haben den oben unter Hypothese 3 gebildeten Index als Gradmesser der sozialen Integration eines Individuums in Bezug auf die Steuer- und Sozialpolitik eines Landes verwendet. In Hypothese 4 unterstellen wir, dass der Umfang der sozialen Integration von der steuerpolitischen Lage abhängt, in der sich der Proband laut Szenariobeschreibung befindet. Wir folgen damit einer Tradition, die sich im Zusammenhang mit der Forschung zur Steuerhinterziehung entwickelt hat. So hebt u.a. Fischer et al. (1999) die Bedeutung situationaler Merkmale bei der Betrachtung der Steuer(un)zufriedenheit und der Neigung zu Steuerhinterziehung hervor. Unter situationalen Merkmalen versteht er auch die Höhe des Einkommens und der Grenzsteuerbelastung sowie institutionelle Rahmenbedingungen wie etwa das Maß der politischen Mitbestimmung der Bürger beim Umgang mit Steuermitteln.

Aus diesen Gründen haben wir einige dieser Merkmale in unseren Szenarien systematisch variiert. Wir wollen nun prüfen, ob diese Variation, die wir als steuerpolitische Lage bezeichnen, Einfluss auf den Grad der sozialen Integration der Probanden hat.

Da diese steuerpolitische Lage durch Variationen von drei unabhängigen Variablen determiniert wird, bietet sich eine univariate dreidimensionale Varianzanalyse zur Prüfung der Hypothese an.

Tests of Between-Subjects Effects

Dependent Variable: INDEX19

Source	Type III Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.	Eta Squared
Corrected Model	15787,674 ^a	11	1435,243	1,096	,365	,048
Intercept	12516,887	1	12516,887	9,554	,002	,039
WAHRSCHK	784,080	1	784,080	,599	,440	,003
STEUERHÖ	3019,182	2	1509,591	1,152	,318	,010
FÜRSORGE	857,579	1	857,579	,655	,419	,003
WAHRSCHK * STEUERHÖ	2810,535	2	1405,267	1,073	,344	,009
WAHRSCHK * FÜRSORGE	1506,198	1	1506,198	1,150	,285	,005
STEUERHÖ * FÜRSORGE	4461,589	2	2230,794	1,703	,184	,014
WAHRSCHK * STEUERHÖ * FÜRSORGE	2799,433	2	1399,716	1,068	,345	,009
Error	311792,388	238	1310,052			
Total	339341,914	250				
Corrected Total	327580,062	249				

a. R Squared = ,048 (Adjusted R Squared = ,004)

Tabelle 6: Varianzanalyse zu Hypothese 4

Tabelle 6 zeigt, dass der Gesamteffekt kleiner als 5% ist und nicht signifikant wird.

Es muss also angenommen werden, dass das Szenario keinen Einfluss auf den Grad der sozialen Integration hat. Hypothese 4 muss folglich abgelehnt werden.

Zu Hypothese 5:

Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihre Entscheidung bzgl. einer gerechten Steuerhöhe.

Nach Cezanne (1999) liegt die durchschnittliche Belastung der Einkommen durch die Einkommensteuer zwischen 10% und 33%, wenn man den steilen Anstieg zu Beginn des Tarifs ignoriert. Schmolders (1975) bezeichnet eine Steuerbelastung von 50% als den „psychological breaking point, bei dem der Steuerpflichtige das Empfinden habe, wenigstens noch im wesentlichen für seine eigene Tasche und nicht vorwiegend für das Finanzamt zu arbeiten“ (S. 106). Wir interessierten uns in unserer Untersuchung dafür, welchen Steuer- und Sozialabgabensatz die Befragten in der beschriebenen Situation als gerecht erachten würden und ob dies von der jeweiligen steuer- und sozialpolitischen Lage beeinflusst würde. Wir trennten nicht zwischen Steuern und Sozialabgaben, da dies in der Wahrnehmung vieler Bürger auch nicht geschieht (Schmolders, 1975).

Es ergab sich die folgende Verteilung der gewünschten Steuersätze:

STSATZ

		Frequency	Percent	Valid Percent	Cumulative Percent
Valid	1	2	,8	,8	,8
	2	8	3,2	3,3	4,1
	3	4	1,6	1,6	5,7
	4	2	,8	,8	6,5
	5	1	,4	,4	6,9
	10	13	5,2	5,3	12,2
	15	6	2,4	2,4	14,6
	16	2	,8	,8	15,4
	18	2	,8	,8	16,3
	19	1	,4	,4	16,7
	20	26	10,4	10,6	27,2
	23	2	,8	,8	28,0
	25	28	11,2	11,4	39,4
	27	1	,4	,4	39,8
	28	3	1,2	1,2	41,1
	30	37	14,7	15,0	56,1
	31	1	,4	,4	56,5
	33	5	2,0	2,0	58,5
	35	32	12,7	13,0	71,5
	37	1	,4	,4	72,0
	38	1	,4	,4	72,4
	40	40	15,9	16,3	88,6
	41	1	,4	,4	89,0
	45	15	6,0	6,1	95,1
	50	10	4,0	4,1	99,2
	60	2	,8	,8	100,0
	Total	246	98,0	100,0	
Missing	999	5	2,0		
Total		251	100,0		

Tabelle 7: Verteilung der gewünschten Steuersätze

Auffallend an diesen Ergebnissen ist, dass niemand 0% Steuern wünschte und nur 2 Personen für mehr als 50% Steuern plädierten. Etwa 30% der Probanden wünschten Steuern und Sozialabgaben zwischen 20% und 30% und etwa ebensoviele wünschten Sätze zwischen 30% und 40%. Der Median liegt bei 29%. Wir betrachten ihn als sozial geteilten Wert, der als gerechter Satz für Steuern und Sozialabgaben erachtet wird.

Hypothese 5 unterstellt, dass die Entscheidung bezüglich einer gerechten Steuerhöhe abhängt von der im Szenario beschriebenen steuerpolitischen Lage des Probanden. Wir haben für die hierzu notwendige Varianzanalyse die gewünschten Steuersätze in 10er Schritte zusammengefasst.

Die Varianzanalyse zeigte, dass das Gesamtmodell fast 24% der Varianz erklärt, vor allem bewirkt durch die unabhängige Variable Steuerhöhe (vgl. Tabelle 8).

Tests of Between-Subjects Effects

Dependent Variable: STSATZ10

Source	Type III Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.	Eta Squared
Corrected Model	98,148 ^a	11	8,923	6,751	,000	,237
Intercept	3289,444	1	3289,444	2488,819	,000	,912
WAHRSCHK	7,847	1	7,847	5,937	,016	,024
STEUERHÖ	73,911	2	36,956	27,961	,000	,190
FÜRSORGE	3,150	1	3,150	2,383	,124	,010
WAHRSCHK * STEUERHÖ	1,217	2	,609	,460	,632	,004
WAHRSCHK * FÜRSORGE	6,780E-02	1	6,780E-02	,051	,821	,000
STEUERHÖ * FÜRSORGE	6,263	2	3,132	2,369	,096	,019
WAHRSCHK * STEUERHÖ * FÜRSORGE	4,291	2	2,145	1,623	,199	,013
Error	315,884	239	1,322			
Total	3897,000	251				
Corrected Total	414,032	250				

a. R Squared = ,237 (Adjusted R Squared = ,202)

Tabelle 8: Varianzanalyse zu Hypothese 5

Die als gerecht erachtete Steuer- und Sozialabgabenhöhe hängt also vom Szenario ab, und hier vor allem von dem Steuersatz. Hypothese 5 wird also bestätigt.

Betrachten wir den Zusammenhang zwischen gewünschter Steuerhöhe und Steuersatz im Szenario genauer (vgl. Tabelle 9):

	Mean (gewünscht)	Std. Deviation	N
Steuerhöhe Szenario			

20%	24,5%	1,24	79
40%	32,5%	1,11	77
60%	37,5%	1,29	95

Tabelle 9: Zusammenhang gewünschte Steuerhöhe und Szenario-Steuersatz

Aus Tabelle 9 ist zu erkennen, dass nur die Probanden, die im Szenario geringe (20%) Abgaben für Steuern und Soziales zahlen, bereit sind, mehr (24,5%) zu entrichten.

Wie oben erwähnt, betrug der Median der gewünschten Steuersätze 29%. Offensichtlich wird dieser üblicherweise erwartete Wert von 29% in Abhängigkeit vom Abgabensatz im Szenario korrigiert bei der Bildung eines „Wunschsatzes“. Diese Korrektur richtet sich nach folgender Formel:

Wunsch= sozialer Wert + x(Steuerhöhe Szenario - sozialer Wert),

mit x= 1/2 für Steuerhöhe Szenario 20% = 24,5%
 x= 1/3 für Steuerhöhe Szenario 40% = 32,7%
 x= 1/4 für Steuerhöhe Szenario 60% = 36,8%

Die Korrektur wird hiernach immer vorsichtiger je größer die Differenz ist zwischen dem sozialen Wert und dem Szenario-Wert. Bei 20% Szenario-Wert wird diese Differenz noch mit 50% zur Korrektur herangezogen, bei 60% Szenario-Wert nur noch mit 25%. Eine negative Abweichung des Szenario-Wertes vom Median wird in stärkerem Umfang als Informationsquelle genutzt als eine positive Abweichung. Dies entspricht den Annahmen der Prospect Theorie (Kahneman&Tversky, 1979,1984, 1992).

Zu Hypothese 6:

Die steuerpolitische Lage einer Person beeinflusst ihre Entscheidung bzgl. einer Steuererhöhung.

Wir haben die Probanden gebeten, sich vorzustellen, dass sie Einfluss auf die Steuergesetzgebung in dem beschriebenen Land hätten. Gefragt wurden sie dann, ob sie unter den gegebenen Umständen darauf drängen würden, die Steuern zu erhöhen, um eine bessere finanzielle Ausstattung des Staates zu ermöglichen.

Wir nehmen an , daß Personen zwei Bezugspunkte zur Beurteilung des angemessenen Steuersatzes haben, nämlich den sozial akzeptablen durchschnittlichen Steuersatz von 29% und den im Szenario geschilderten. Aus diesen beiden Größen entwickeln sie ihre Entscheidung, die Steuern zu erhöhen oder nicht.

Hypothese 6 beschäftigt sich also mit der Frage, ob die Beantwortung dieses Items beeinflusst wird von der im Szenario beschriebenen steuerpolitischen Lage.

Eine Varianzanalyse ergab, dass das Gesamtmodell 12% der Varianz erklärt, wie aus Tabelle 10 ersichtlich.

Tests of Between-Subjects Effects

Dependent Variable: VAR18NEU

Source	Type III Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.	Eta Squared
Corrected Model	4,762 ^a	11	,433	2,884	,001	,117
Intercept	356,781	1	356,781	2376,874	,000	,909
WAHRSCHK	,686	1	,686	4,567	,034	,019
STEUERHÖ	3,269	2	1,634	10,888	,000	,084
FÜRSORGE	7,041E-03	1	7,041E-03	,047	,829	,000
WAHRSCHK *	1,601E-02	2	8,003E-03	,053	,948	,000
STEUERHÖ	5,022E-02	1	5,022E-02	,335	,564	,001
WAHRSCHK *	,198	2	9,917E-02	,661	,517	,005
FÜRSORGE	5,653E-02	2	2,827E-02	,188	,828	,002
WAHRSCHK *						
STEUERHÖ *						
FÜRSORGE						
Error	35,875	239	,150			
Total	404,000	251				
Corrected Total	40,637	250				

a. R Squared = ,117 (Adjusted R Squared = ,077)

Tabelle 10: Varianzanalyse zu Hypothese 6

Vor allem die im Szenario angegebene Höhe des Satzes für Steuern und Sozialabgaben beeinflusst offenbar die Entscheidung, Steuern zu erhöhen oder nicht. Hypothese 6 kann also beibehalten werden.

Zu Hypothese 7:

Bei der ethischen Rechtfertigung einer Entscheidung zur Steuererhöhung finden sich die vier Grundpositionen zur ethischen Rechtfertigung von Handlungen wieder.

Wie oben unter Punkt 2 bereits erörtert ist es unabdingbar, die ethischen Aspekte bei der Betrachtung der Steuerwahrnehmung zu berücksichtigen. Wir haben aus diesem Grund die Probanden gebeten, die oben erwähnte Entscheidung für oder gegen eine Steuererhöhung zu begründen. Grundlage hierfür bildeten die von Witte und Doll (1995) erarbeiteten Fragen zur ethischen Rechtfertigung von Handlungen (vgl. Punkt 2.3).

Bei einer Faktorenanalyse der insgesamt 20 Items ließen sich vier Faktoren extrahieren (vgl. Tabelle 11), die sich genau den Grundpositionen von Witte zuordnen ließen. So ergaben sich vier Skalen mit einem Alpha zwischen 0,69 und 0,77.

Hypothese 7 kann also angenommen werden: Es lassen sich die vier von Witte postulierten Grundpositionen der ethischen Rechtfertigung von Handlungen wiederfinden.

Total Variance Explained

Component	Initial Eigenvalues			Extraction Sums of Squared Loadings		
	Total	% of Variance	Cumulative %	Total	% of Variance	Cumulative %
1	4,360	21,801	21,801	4,360	21,801	21,801
2	3,092	15,458	37,260	3,092	15,458	37,260
3	1,696	8,479	45,738	1,696	8,479	45,738
4	1,580	7,898	53,636	1,580	7,898	53,636
5	1,216	6,081	59,718			
6	,979	4,895	64,612			
7	,852	4,262	68,874			
8	,736	3,682	72,556			
9	,712	3,560	76,116			
10	,666	3,328	79,443			
11	,625	3,125	82,568			
12	,612	3,061	85,629			
13	,478	2,391	88,020			
14	,461	2,304	90,324			
15	,426	2,132	92,455			
16	,361	1,803	94,259			
17	,330	1,649	95,908			
18	,301	1,504	97,412			
19	,266	1,328	98,740			
20	,252	1,260	100,000			

Extraction Method: Principal Component Analysis.

Tabelle 11: Faktorenanalyse zu Hypothese 7

Zu Hypothese 8:

Die Rechtfertigung der Entscheidung zur Steuererhöhung wird beeinflusst von dem Entscheidungsausgang und der angenommenen allgemeinen Bewertung der Entscheidung.

Diese Hypothese verlässt den Rahmen der vorgegebenen Szenarien und betrachtet allgemeiner die Frage nach Steuererhöhungen und deren Bewertungen. Aus der Forschung ist bekannt (Gollenia,1999; Maeng,1996), dass Rechtfertigungen sich unterscheiden je nach der gesellschaftlichen Bewertung einer Thematik. Hypothese 8 wirft hier entsprechend die Frage auf, inwieweit die Entscheidung, Steuern zu erhöhen oder nicht, anders gerechtfertigt wird, wenn die angenommene allgemeine Bewertung positiv beziehungsweise negativ ist.

Die Antworten auf die entsprechenden Fragen wurden zu jeweils zwei Kategorien zusammengefasst (Steuererhöhung: Ja/Nein und Allgemeine Bewertung: Positiv / Negativ). Entsprechend diesen Kriterien wurden vier Gruppen von Probanden gebildet:

Allgemeine Bewertung?	Steuererhöhung?	
	JA	NEIN
POSITIV	Gruppe 1	Gruppe 4
NEGATIV	Gruppe 2	Gruppe 3

Tabelle 12: Bildung von 4 Gruppen

Auf dieser Grundlage konnten vier Varianzanalysen gerechnet werden mit der Gruppenzugehörigkeit als unabhängige Variable und dem Mittelwert jeweils einer ethischen Grundposition als abhängige Variable.

Varianzanalyse Deontologie:

Descriptives

DEONTMIT								
	N	Mean	Std. Deviation	Std. Error	95% Confidence Interval for Mean		Minimum	Maximum
					Lower Bound	Upper Bound		
1,00	14	3,4857	,7553	,2019	3,0496	3,9218	2,00	5,00
2,00	36	3,1500	,8272	,1379	2,8701	3,4299	1,60	5,00
3,00	94	3,0936	,7043	7,265E-02	2,9494	3,2379	1,60	4,60
4,00	96	3,3646	,6922	7,065E-02	3,2243	3,5048	1,00	5,00
Total	240	3,2333	,7308	4,717E-02	3,1404	3,3263	1,00	5,00

ANOVA

DEONTMIT					
	Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.
Between Groups	4,630	3	1,543	2,961	,033
Within Groups	123,023	236	,521		
Total	127,653	239			

Tabelle 13: Varianzanalyse Deontologie

Varianzanalyse Utilitarismus:

Descriptives

UTILIMIT								
	N	Mean	Std. Deviation	Std. Error	95% Confidence Interval for Mean		Minimum	Maximum
					Lower Bound	Upper Bound		
1,00	12	3,9833	,5006	,1445	3,6653	4,3014	2,60	4,80
2,00	37	3,9297	,6553	,1077	3,7113	4,1482	2,00	5,00
3,00	88	3,6068	,7224	7,700E-02	3,4538	3,7599	2,00	5,00
4,00	94	3,8681	,6568	6,775E-02	3,7336	4,0026	1,60	5,00
Total	231	3,7844	,6866	4,517E-02	3,6954	3,8734	1,60	5,00

ANOVA

UTILIMIT					
	Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.
Between Groups	4,690	3	1,563	3,421	,018
Within Groups	103,734	227	,457		
Total	108,424	230			

Tabelle 14: Varianzanalyse Utilitarismus

Varianzanalyse Intuitionismus:

Descriptives

INTUIMIT								
	N	Mean	Std. Deviation	Std. Error	95% Confidence Interval for Mean		Minimum	Maximum
					Lower Bound	Upper Bound		
1,00	12	2,9792	,6946	,2005	2,5378	3,4205	1,75	4,25
2,00	36	3,5208	,7004	,1167	3,2838	3,7578	2,25	5,00
3,00	93	3,1855	,8307	8,614E-02	3,0144	3,3566	1,00	5,00
4,00	99	3,0631	,9322	9,369E-02	2,8772	3,2491	1,00	5,00
Total	240	3,1750	,8609	5,557E-02	3,0655	3,2845	1,00	5,00

ANOVA

INTUIMIT					
	Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.
Between Groups	6,015	3	2,005	2,765	,043
Within Groups	171,135	236	,725		
Total	177,150	239			

Tabelle 15: Varianzanalyse Intuitionismus

Varianzanalyse Hedonismus:

Descriptives

HEDOMIT								
	N	Mean	Std. Deviation	Std. Error	95% Confidence Interval for Mean		Minimum	Maximum
					Lower Bound	Upper Bound		
1,00	14	3,7286	,5690	,1521	3,4001	4,0571	2,60	5,00
2,00	37	3,4757	,5644	9,279E-02	3,2875	3,6639	2,40	5,00
3,00	94	3,7894	,6799	7,013E-02	3,6501	3,9286	2,00	5,00
4,00	99	3,6384	,7164	7,200E-02	3,4955	3,7813	2,00	5,00
Total	244	3,6770	,6784	4,343E-02	3,5915	3,7626	2,00	5,00

ANOVA

HEDOMIT					
	Sum of Squares	df	Mean Square	F	Sig.
Between Groups	2,871	3	,957	2,108	,100
Within Groups	108,960	240	,454		
Total	111,831	243			

Tabelle 16: Varianzanalyse Hedonismus

Wie aus den Tabellen zu ersehen, ergeben sich außer bei der Grundposition Hedonismus in den übrigen Grundpositionen signifikante Effekte, so dass die Hypothese zumindest zum Teil angenommen werden kann. Die genannten Effekte lassen sich überblicksartig wie folgt zusammenfassen:

Gruppe	Steuer- erhöhung?	Bewertung	Utilitaris- mus	Deontolo- gie	Intuitio- nismus	Hedonis- mus
1	Ja	Positiv	Ja	Ja	Nein	Nein
2	Ja	Negativ	Ja	Nein	Ja	Nein
3	Nein	Negativ	Nein	Nein	Nein	Nein
4	Nein	Positiv	Ja	Ja	Nein	Nein

Tabelle 17: Ethische Grundpositionen in verschiedenen Gruppen

Interessant ist an dieser Stelle, dass Probanden, die eine Steuererhöhung ablehnen und dabei glauben, dass dies von der Allgemeinheit negativ bewertet wird, keine Argumentationsbasis für ihre Haltung haben.

Gleichzeitig fällt auf, dass Menschen, die glauben, dass ihre Entscheidung von der Allgemeinheit positiv bewertet wird, das gleiche Argumentationsmuster benutzen, egal ob sie für oder gegen eine Steuererhöhung stimmen.

Wer für Steuererhöhungen stimmt, aber annimmt, dass diese negativ bewertet wird, argumentiert utilitaristisch und intuitionistisch. Ferner zeigt sich, dass es für eine positive Bewertung einer Steuererhöhung von Bedeutung zu sein scheint, neben utilitaristischen Argumenten (z.B. „Diese Maßnahme nützt der Gesellschaft.“) auch deontologische ins Feld zu führen. Es müsste also z.B. betont werden, dass es notwendig ist, dass Starke den Schwächeren helfen, dass alle „im gleichen Boot“ sitzen etc.

Da allerdings utilitaristische und deontologische Aspekte sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern der Steuererhöhung angeführt werden, muss das Steuerkonzept offensichtlich zusätzlich noch mit positiven Werten besetzt und als solches in der Bevölkerung verankert werden. Es muss deutlich werden, dass Steuern eine Art prosozialen Handelns, das heißt eine Hilfeleistung, darstellen, die es sich lohnt zu erbringen. Hier rückt das Bedürfnisprinzip in den Vordergrund unserer ansonsten so sehr am Leistungsprinzip orientierten Gesellschaft.

4. Diskussion

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Menschen der Einkommensteuer nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen. Allgemein wird ein Steuer- und Abgabensatz von 29% als gerecht eingeschätzt.

Problematisch scheint jedoch die Verankerung eines konsistenten Steuerkonzeptes in der Bevölkerung zu sein. Vor allem eine wertmäßige Besetzung in dem Sinne, dass Steuern einen positiven Beitrag zum Gemeinwohl in einer Gesellschaft darstellen und dass es nötig ist, einander zu unterstützen, scheint bisher noch ausgeblieben zu sein. Die Politik, die in der Regel zur Durchsetzung von Steuern bzw. Steuererhöhungen fast ausschließlich utilitaristische Gründe ins Feld führt, sollte den Fokus zusätzlich auf deontologische Argumente legen, die deutlich machen, dass hier allgemeingültige Prinzipien zu befolgen sind, die Stärkere zur Hilfe gegenüber Schwachen verpflichten. Wirksam kann dies jedoch nur werden, wenn betont wird, dass es im Zusammenhang mit Steuern gilt, das Leistungsprinzip zurückzustellen und die Hilfeleistung als positiv besetzte Handlung ins Zentrum zu rücken. Gerade wenn ein negatives Gut abverlangt wird, ist es von besonderer Bedeutung, dass die Menschen dieses Opfer als eine Art altruistischen Handelns als etwas positives empfinden können.

Insgesamt ist deutlich geworden, dass es bei der Wahrnehmung und Bewertung der Steuern offensichtlich nicht ausschließlich um monetäre Größen wie die Grenzsteuerbelastung geht, sondern dass hier auch psychologische Faktoren zu berücksichtigen sind. Eine der dringlichsten Forschungsaufgaben ist es, den Begriff der Steuern noch genauer zu fassen. Was verstehen die Bürger unter Steuern und welche Einstellungen verbinden sie damit? Gleichzeitig muß gezielter auf die positiven Effekte von Steuern hingewiesen und genauer deren Verwendung veröffentlicht werden, wenn man eine Akzeptanz von Steuern will (Williamson & Wearing, 1996). Eine Steuer, die für besondere Maßnahmen erhoben wird, läßt sich leichter durchsetzen, wie man dem Solidaritätszuschlag entnehmen kann.

Literatur:

- Atkinson, A.B. (1997). *Public Economics in Action*. Oxford: Clarendon Press.
- Auhagen, A.E. (1994). Zur Sozialpsychologie der Verantwortung. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 1994, 25, 238-247.
- Blickle, G. (Hrsg.) (1998). *Ethik in Organisationen*. Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie.
- Brunner, J.K. (1989). *Theory of Equitable Taxation*. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag.
- Cezanne, W. (1999). *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*. 4. Auflage. München: Oldenbourg.
- Dawes, R.M. (1980). Social Dilemmas. *Annual Review of Psychology*, 31, 169-193.
- Eagly, A.H. & Chaiken, S. (1993). *The psychology of attitudes*. Fort Worth: Harcourt Brace Jovanovich.
- Fischer, L., Kutsch, Th. & Stephan, E. (1999). *Finanzpsychologie*. München: Oldenbourg Verlag.
- Gensicke, Th. (2000). *Deutschland im Übergang*. Speyer: Speyerer Forschungsberichte.
- Gollenia, M.Ch. (1999). *Ethische Entscheidungen und Rechtfertigungen unter der besonderen Bedingung der sozialen Identität*. Bern: Lang.
- Gretschmann, K. (1994). Die Struktur öffentlicher Ausgaben im Lichte der Bürgerpräferenzen. In Smekal, Ch. & Theurl, E. (Hrsg.) *Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Heider, F. (1958). *Psychologie der interpersonalen Beziehungen*. Stuttgart: Klett.
- Kahneman, D. & Tversky, A. (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk. *Econometrica*, 47, 263-291.
- Kahneman, D. & Tversky, A. (1984). Choices, values, and frames. *American Psychologist*, 39, 341-350.
- Kaiser, H. (1990). *Konsumnachfrage, Arbeitsangebot und optimale Haushaltsbesteuerung: theoretische Ergebnisse und mikroökonomische Simulation für die Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: Lang.
- Kirchler, E. M. (1999). *Wirtschaftspsychologie*. Göttingen: Hogrefe.
- Kirchler, E.M. (1998). Differential representations of taxes: Analysis of free associations and judgements of five employment groups. *Journal of Socio Economics*, 27, 117-131.

- Klages, H. (1992). Werte und Einstellungen. In E.H. Witte (Hrsg.) Einstellungen und Verhalten. Braunschweig: Braunschweiger Studien.
- Liebrand, W.B.G. et al. (Hrsg.) (1992). Social dilemmas. Oxford: Pergamon.
- Maeng, Y.-J. (1996). Ethische Grundpositionen als Handlungsrechtfertigung interpersonaler Handlungen. Münster: Waxmann.
- Mikula, G. (1980). Gerechtigkeit und soziale Interaktion. Bern: Verlag Hans Huber.
- Mikula, G. (1994). On the experience of injustice. *European Review of Social Psychology*, 4, 223-244.
- Moser, H. (1994). Zur Kritik der Sprache von Gesetzen. Anmerkungen eines Sprachwissenschaftlers. In Ch. Smekal & Th. Engelbert (Hrsg.). Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Müller, G.F. & Hassebrauck, M. (1993). Gerechtigkeitstheorien. In: D. Frey & M. Irle (Hrsg.) Theorien der Sozialpsychologie. Bd. I. Bern: Huber.
- Mussweiler, T. & Strack, F. (1999). Hypothesis-consistent testing and semantic priming in the anchoring paradigm: A selective accessibility model. *Journal of Experimental Social Psychology*, 35, 136-164.
- Ohmer, M. (1997). Die Grundlagen der Einkommensteuer: Gerechtigkeit und Effizienz, Frankfurt am Main: Lang.
- Pelzmann, L. (1988). Wirtschaftspsychologie. Arbeitslosenforschung. Schattenwirtschaft. Steuerpsychologie. Wien.
- Schepanski, A. & Kelsey, D. (1990). Testing for framing effects in taxpayer compliance decisions. *The Journal of the American Taxation Association*, 12, 60-77.
- Schepanski, A. & Shearer, T. (1995). A prospect theory account of the income tax withholding phenomenon. *Organizational Behavior and Human Decision Processes*, 63, 174-186.
- Schmölders, G. (1975). Einführung in die Geld- und Finanzpsychologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schwartz, S.H. (1992). Universals in the content and structure of values: Theoretical advances and empirical test in 20 countries. *Advances in Experimental Social Psychology*, 25, 1-65.
- Shaver, K.G. (1985). The attribution of blame. New York: Springer.
- Smekal, Ch. & Theurl, E. (Hrsg.) (1994). Stand und Entwicklung der Finanzpsychologie. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Sternberg, E. (2000). Just Business. Oxford: University Press.
- Tversky, A. & Kahneman, D. (1992). Advances in Prospect Theory: Cumulative Representation of Uncertainty. *Journal of Risk and Uncertainty*, 5, 297-323.

Tyler, T.R. (1997). Social justice in a diverse society. Boulder: Westview.

Walster, E., Walster, G.W. & Berscheid, E. (1978). Equity theory and research. Boston: Allyn & Bacon.

Williamson, M.R. & Wearing, A.J. (1996). Lay people's cognitive models of the economy. Journal of Economic Psychology, 17, 3-38.

Witte, E.H. (1989). Sozialpsychologie. Ein Lehrbuch. München: Psychologie Verlags Union.

Witte, E.H. (1994). Lehrbuch Sozialpsychologie. 2. Auflage. München: Psychologie Verlags Union.

Witte, E.H. & Doll, J. (1995). Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen. In: Witte, E.H. (Hrsg.) Soziale Kognition und empirische Ethikforschung. Lengerich : Pabst. (pp.97-115).



Universität Hamburg

HAMBURGER FORSCHUNGSBERICHTE -HAFOS-

- | | |
|----------------------|---|
| HAFOS Nr. 1
1992 | Witte, E.H.: The extended group situation theory (EGST), social decision schemes, models of the structure of communication in small groups, and specific effects of minority influences and selfcategorization: An integration. |
| HAFOS Nr. 2
1992 | Witte, E.H. & Scherm, M.: Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie - Die exemplarische Prüfung eines Expertenberichts auf psychologische Konsistenz und Nachvollziehbarkeit. |
| HAFOS Nr. 3
1992 | Witte, E.H.: Dynamic models of social influence in small group research. |
| HAFOS Nr. 4
1993 | Witte, E.H. & Sonn, E.: Trennungs- und Scheidungsberatung aus der Sicht der Betroffenen: Eine empirische Erhebung. |
| HAFOS Nr. 5
1993 | Witte, E.H., Dudek, I. & Hesse, T.: Personale und soziale Identität von ost- und westdeutschen Arbeitnehmern und ihre Auswirkung auf die Intergruppenbeziehungen. |
| HAFOS Nr. 6
1993 | Hackel, S., Zülske, G., Witte, E.H. & Raum, H.: Ein Vergleich berufsrelevanter Eigenschaften von „ost- und westdeutschen“ Arbeitnehmern am Beispiel der Mechaniker. |
| HAFOS Nr. 7
1994 | Witte, E.H., The Social Representation as a consensual system an correlation analysis. |
| HAFOS Nr. 8
1994 | Doll, J., Mentz, M. & Witte, E.H., Einstellungen zur Liebe und Partnerschaft: vier Bündungsstile. |
| HAFOS Nr. 9
1994 | Witte, E.H.: A statistical inference strategy (FOSTIS): A non-confounded hybrid theory. |
| HAFOS Nr. 10
1995 | Witte, E.H. & Doll, J.: Soziale Kognition und empirische Ethikforschung: Zur Rechtfertigung von Handlungen |
| HAFOS Nr. 11
1995 | Witte, E.H.: Zum Stand der Kleingruppenforschung. |
| HAFOS Nr. 12
1995 | Witte, E.H. & Wilhelm, M.: Vorstellungen über Erwartungen an eine Vorlesung zur Sozialpsychologie. |

HAFOS Nr. 13 1995	Witte, E.H.: Die Zulassung zum Studium der Psychologie im WS 1994/95 in Hamburg: Ergebnisse über die soziodemographische Verteilung der Erstsemester und die Diskussion denkbarer Konsequenzen.
HAFOS Nr. 14 1995	Witte, E.H. & Sperling, H.: Wie Liebesbeziehungen den Umgang mit Freunden geregelt wünschen: Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern.
HAFOS Nr. 15 1995	Witte, E.H.: Soziodemographische Merkmale der DoktorandInnen in Psychologie am Hamburger Fachbereich.
HAFOS Nr. 16 1996	Witte, E.H.: Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland (West) zwischen 1973 bis 1992: Alternative Interpretationen zum Ingelhart-Index.
HAFOS Nr. 17 1996	Witte, E.H. & Silke Lecher: Systematik von Beurteilungskriterien für die Güte von Gruppenleistungen.
HAFOS Nr. 18 1997	Witte, E.H. & Kaufman, J.: The Stepwise Hybrid Statistical Inference Strategy: FOSTIS
HAFOS Nr. 19 1997	Kliche, T., Adam, S. & Jannink, H.: „Bedroht uns der Islam?“ Die Konstruktion eines „postmodernen“ Feindbildes am Beispiel Algerienin zwei exemplarischen Diskursanalysen
HAFOS Nr. 20 1998	Witte, E.H. & Frank von Pablocki: Unterschiede im Handlungsstil: Lage- und Handlungsorientierung in Problemlöse-Dyaden
HAFOS Nr. 21 1998	Witte, E.H., Sack, P.-M. & Kaufman, J.: Synthetic Interaction and focused Activity in Sustainment of the Rational Task-Group
HAFOS Nr. 22 1999	Bleich, C., Witte, E.H. & Durlanik, T.: Soziale Identität und Partnerwahl: Partnerpräferenzen von Deutschen und Türken der zweiten Generation
HAFOS Nr. 23 1999	Porschke, C.: Zur Entwicklung unternehmensspezifischer Anforderungsprofile mit der Repertory Grid Technik: Ergebnisse einer empirischen Studie
HAFOS Nr. 24 2000	Witte, E.H. & Putz, Claudia: Routinebesprechungen: Deskription, Intention, Evaluation und Differenzierung
HAFOS Nr. 25 2000	Witte, E.H.: Kundenorientierung: Eine Managementaufgabe mit psychologischem Feingefühl
HAFOS Nr. 26 2000	Witte, E.H.: Die Entwicklung einer Gruppenmoderationstheorie für Projektgruppen und ihre empirische Überprüfung
HAFOS Nr. 27	Figen Karadayi: Exposure to a different culture and related autonomous

2000	self: A comparison of remigrant and nonmigrant turkish late adolescent groups
HAFOS Nr. 28 2000	Witte, E.H. & Raphael, Christiane: Alter, Geschlecht und Informationsstand als Determinanten der Einstellung zum Euro
HAFOS Nr. 29 2001	Witte, E.H.: Bindung und romantische Liebe: Sozialpsychologische Aspekte der Bindungstheorie
HAFOS Nr. 30 2001	Witte, E.H.: Theorien zur sozialen Macht
HAFOS Nr. 31 2001	Witte, E.H.: Wertewandel, wirtschaftliche Prozesse und Wählerverhalten: Sozialpsychologische Gesetzmäßigkeiten zur Erklärung und Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit
HAFOS Nr. 32 2001	Lecher, Silke & Witte, E. H.: FORMOD und PROMOD: State of the Art der Moderation des Gruppenproblemlösens
HAFOS Nr. 33 2001	Porschke, Christine & Witte, E. H.: Psychologische Faktoren der Steuergerechtigkeit

Die Hamburger Forschungsberichte werden herausgegeben von
Prof. Dr. Erich H. Witte
Psychologisches Institut I der Universität Hamburg
e-mail: witte_e_h@uni-hamburg.de